Blickwinkel

Samstag, 03. Juni 2023

Argumente und Meinungen der FBP

FBP für Überprüfung der Energiekosten-Entlastungen

Standpunkt des Fraktionssprechers Daniel Oehry

Aufgrund der Debatte im Landtag ist bereits heute klar, der Landtag wird einem Strompreisdeckel nicht zustimmen. Jene ebenfalls zu belohnen, die übermässig Strom verbrauchen ist nicht zielführend.

Daniel Oehry, Fraktionssprecher der FBP

Die DpL will mit einer Anpassung der LKW Eignerstrategie einen Strompreisdeckel einführen. Sie begründen dies mit der ausserordentlichen Kostensteigerung bei den Strompreisen und wollen mit diesem Strompreisdeckel die Stromkosten für die zweite Hälfte des Jahres 2023 und für das Jahr 2024 begrenzen.
Dass dies ein staatlicher Eingriff in marktwirtschaftliche Mechanismen darstellt, falsche Signale für den Energieverbrauch setzt und massive Kostenfolgen hat liegt auf der Hand. Und das alles über eine einfache Abänderung der Eignerstrategie ohne Referendumsmöglichkeit. Am Mittwoch musste jedoch nicht entschieden werden, ob die bestehenden Instrumente, wie Energiekostenpauschale für Haushalte oder Energiekostenzuschuss für Unternehmen besser helfen als der DpL-Vorstoss, welcher bis zu 30 Mio. kosten würde. Es wurde nur entschieden, ob diese Anpassung zur Überprüfung an die Regierung überwiesen wurde.

Entlastung ja, aber kein Strompreisdeckel

Der Landtag kam zum Ergebnis, dass die bestehenden Massnahmen zur Entlastung von Haushalten und Unternehmen als zielführender einstuft. Der Landtag brachte klar zum Ausdruck, dass er gegen eine weitere Giesskanne ist, denn ein Strompreisdeckel würde auch dort unterstützen, wo keine Hilfe nötig ist! Sogar noch mehr: Diese Giesskanne würde dort am meisten giessen, wo am meisten Energie verbraucht wird.
Aber warum wurde die Überprüfung dann trotzdem von einer FBP-Mehrheit unterstützt? Die per Januar 2023 eingeführte Energiekostenpauschale hat zusammen mit der Erhöhung der Mietbeiträge für Familien, der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen sowie einem Gefäss für Härtefälle zum Ziel, einkommensschwache Haushalte zu unterstützen. Als einkommensschwach gilt ein Haushalt, wenn der Erwerb aller im Haushalt lebenden Personen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung das 18. Lebensjahr vollendet haben, insgesamt CHF 77'000 nicht überschreitet. Ob diese Limite richtig ist, muss hinterfragt werden. Darum könnten wir uns auch vorstellen, diese auf einen höheren Wert, beispielsweise auf CHF 100‘000 anzuheben.
Analog der Unterstützung für private Haushalte stellt der Energiekostenzuschuss ein befristeter Zuschuss für Unternehmen dar, damit sie nicht in existenzbedrohende Lagen kommen und in Folge Arbeitsplätze in Liechtenstein wegfallen würden. Energieintensive Unternehmen mit tiefer Gewinnmarge haben daher Anspruch auf einen Zuschuss.
Bei beiden Unterstützungsleistungen scheint der Andrang jedoch gering zu sein. So wurden bei der Energiekostenpauschale für Haushalte anstelle der erwarteten 5‘000 Anträge bislang nur knapp 2‘000 gestellt. Auch bei den Unternehmen scheint die Betroffenheit gering zu sein. Sind die Hürden zu hoch oder gibt es einfach keinen Bedarf?
Darum hat sich die Mehrheit der FBP-Fraktion im Landtag dafür ausgesprochen, die Voraussetzungen und Modalitäten des bestehenden Entlastungsprogramms zu überprüfen und falls nötig anzupassen. Diese Überprüfung soll parallel zum DpL Antrag erfolgen, damit wir nach den Sommerferien alle Optionen für einen Entscheid auf dem Tisch haben. Nicht jeder im Land braucht den Staat, um die gestiegenen Energiekosten abzufedern.

«Es braucht keine Giesskanne sondern ein System, welches dort hilft, wo Not gegeben ist.»

Es gibt bereits ein bedarfsorientiertes Entlastungsprogramm. Jetzt geht es darum, dieses dort anzupassen, wo es notwendig ist. Wir brauchen keinen zusätzlichen Strompreisdeckel mit ungewissen Kostenfolgen und negativen Lenkungseffekten.

Daniel Oehry
FBP-Fraktionssprecher

Landtag

Auslegeordnung

Radio L braucht mehr Geld. Dies tönt für viele, die länger im politischen Geschäft sind nach einer ‘never ending story’. Es ist nun an der Zeit, dem Radio noch klarere Vorgaben zu machen. Denn unbestritten ist: Radio L muss seine Qualität klar verbessern, das reicht so nicht. Auch ist die Führung des Senders gefordert, endlich wieder Ruhe hineinzubringen und künftig transparenter zu informieren. Es braucht nun ein fundierte Auslegeordnung. Denn bei aller Kritik an Radio L: Wir können es uns in Liechtenstein nicht leisten noch ein Medium zu schliessen. Nach dem Aus des Volksblatts, ist in der tagesaktuellen Berichterstattung ein Korrektiv weggebrochen. Bei der in Revision befindlichen Medienförderung muss darauf geachtet werden, dass Medienvielfalt ermöglicht wird und digitale Angebote gestärkt werden. Meines Erachtens ist die Medienförderung in diese Richtung anzupassen und auch grosszügig auszustatten.
Eine Auslegeordnung braucht es nun auch in punkto Unterstützungsmassnahmen wegen des hohen Strompreises. Ich bin der Ansicht, dass Gewerbe und Private unterstützt werden müssen. Der Weg der DpL einen Strompreisdeckel einzuführen, geht aber definitiv in die falsche Richtung. Es kann nämlich nicht unsere Intention sein auch jene zu unterstützen, die einen übermässigen Stromverbrauch haben bzw. nicht gewillt sind auch Strom zu sparen. Hier ist ausgewogen vorzugehen.

Rainer Gopp, Parteipräsident

Nutzung der Energie aus Abfall ist sinnvoll

Kommentar des Abgeordneten Sascha Quaderer

Zum Glück haben wir eine sehr gute Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) in der unserer Nachbarschaft. Das war mein Fazit diese Woche, als es im Landtag um die Antworten der Regierung zu unserer Interpellation ‘Bezug von Fernwärme ab der KVA Buchs‘ ging. Es zeigte sich, dass die Anlage in Buchs eine der sechs energieeffizientesten der Schweiz ist.

Müll fällt täglich an

Unabhängig davon, ob wir die Energie aus dem Abfall nutzen oder nicht – in unserer modernen Gesellschaft fallen Tag für Tag beträchtliche Mengen an Abfall an. Das lässt sich trotz grossen Anstrengungen bei Abfallvermeidung und Recycling nicht verhindern. Wenn der regionale Müll ohnehin verbrannt werden muss, macht es Sinn, die dabei entstehende Energie zu nutzen.

Ein Drittel der Energie ungenutzt

In Buchs werden aus der erzeugten Energie Strom, Dampf und Warmwasser erzeugt. Mit dem Warmwasser wird seit vielen Jahren ein Fernwärmenetz betrieben, das grosse Teile von Buchs und Grabs mit Wärme versorgt. Seit 2018 wird das Fernwärmenetz durch Liechtenstein Wärme nach Schaan und neu nach Vaduz verlängert. Bis in sieben Jahren sollen pro Jahr 24 GWh Wärmeenergie nach Liechtenstein geleitet werden – Energie, die vollumfänglich fossile Brennstoffe aus meist autokratischen Ländern ersetzt. Das Potenzial ist gross, denn aktuell gehen rund 200 GWh resp. ein Drittel der erzeugten Energie ungenutzt ‘zum Kamin raus’. Wenig verständlich, dass einige Abgeordnete immer noch am Sinn der Fernwärmenutzung zweifeln.

Sascha Quaderer, Landtagsabgeordneter

Radio L – im Herbst muss der Landtag Farbe bekennen!

Kommentar der Abgeordneten Bettina Petzold-Mähr

Radio L ist das einzige staatsnahe Unternehmen, welchem ein derart klarer Auftrag per Gesetz vorgeschrieben wird. Es ist ein transparenter Versorgungsauftrag sowie der Programmauftrag festgelegt. Im Weiteren ist definiert, dass Radio L als Informationsmedium in Krisen und im Katastrophenfall jederzeit für Durchsagen kostenlos zur Verfügung stehen muss, was einen 24h-Pikett-Dienst sowie ein Notstudio zur Folge hat.
Die Herausforderung ist, dass Radio L verschiedene Interessens- und Altersgruppen sowohl in den Beiträgen als auch mit der Musikauswahl zufriedenstellen muss. Genau dies sahen wir auch in der Diskussion am Donnerstag. Es gibt Abgeordnete, die dies loben und andere die es tadeln. Nun gut, wir haben keine verschiedenen Sender wie beispielsweise unsere Nachbarländer mit SRF 1-3 oder Ö 1-3. Wir können uns folglich auch nicht mit ihnen und ihrem breiten Angebot messen. Wir brauchen dies auch nicht, man muss sich bewusst sein – Radio L ist ein Lokalradio und trägt zu unserer Medienvielfalt bei. Genau dies ist für mich ein sehr wichtiger Punkt. Wir sind in der lokalen Medienwelt auf verschiedene Anbieter angewiesen, um eine breitere Berichterstattung zu erhalten.

Lokales Potenzial nutzen

Ich denke Radio L muss sich weiterentwickeln und das Programm qualitativ ausbauen und verbessern. Dies hat auch die Diskussion im Landtag zum Geschäftsbericht gezeigt. Die Frage nach der Notwendigkeit eines eigenen Radiosenders wurde immer wieder aufgebracht und die Diskussion im kommenden Herbst wird hier wegweisend für die Zukunft sein.

Bettina Petzold-Mähr, Landtagsabgeordnete

Impressum *Herausgeberin: Fortschrittliche Bürgerpartei · Redaktion: Rainer Gopp*
Fortschrittliche Bürgerpartei, Altenbach 8, 9490 Vaduz, Telefon +423 237 79 40, www.fbp.li, info@fbp.li

FBP